

Dem Sowjetmenschen geht es zu gut

Hohe Subventionen für den Osten konservieren die Sklavenmentalität der untergegangenen Diktatur

VON JERZY MAĆKÓW

Der erstaunlich erfolgreiche Strukturwandel in den neuen Bundesländern versperrt den Blick auf die gravierenden Probleme. Ostdeutschland wandelte sich nämlich binnen einiger weniger Jahre von einer maroden sozialistischen Industriegesellschaft in eine moderne westliche Dienstleistungs- und Wohlstandsgesellschaft um. Es ist ein im Postkommunismus einmaliger Vorgang. Die Voraussetzungen für diesen Erfolg hängen zweifellos mit dem Westen der Republik zusammen: die sozialstaatliche Absicherung des Wandels, die detailgetreue Übernahme der gesellschaftlichen und politischen Strukturen der alten Bundesrepublik, der Kauf der Überreste der DDR-Wirtschaft durch das westdeutsche Kapital, die Investitionen aus Westdeutschland sowie der umfassende Transfer der westdeutschen Eliten nach Ostdeutschland. Dieser Wandel setzte aber auch eine einmalige Anpassungsbereitschaft der Ostdeutschen voraus – eine Leistung, die alles in den Schatten stellt, was die Westdeutschen im Prozess der Wiedervereinigung vollbracht haben.

Wenn man jedoch genauer hinsieht, wird der Erfolg dieses Wandels von gravierenden Fehlentwicklungen überschattet. Durch die Anpassung allein wird nämlich keine lebendige westliche Zivilgesellschaft geschaffen. Die ostdeutsche Umwandlung konservierte vielmehr die Eigenschaften des sozialistischen Untertanen, jenes Sowjetmenschen also, der in der DDR – wie in den anderen kommunistisch be-

herrschten Gesellschaften auch – den wahrscheinlich dominierenden Persönlichkeitstypus darstellte. Der Sowjetmensch war zur Eigeninitiative unfähig, er passte sich den vom Staat geschaffenen Rahmenbedingungen an, von dem er vor allem ökonomische Sicherheit erwartete. Für die Loyalität gegenüber dem kommunistischen Regime konnte (und musste) er ein Leben führen, in dem seine ökonomische Sicherheit von der Eigenleistung weit gehend abgekoppelt war.

An diesem Leben hat sich nach dem Umbruch des Jahres 1989 gar nicht so viel verändert. Zwar garantiert der bundesdeutsche Subventionsstaat seinen Bürgern keine Arbeit. Doch in den neuen Bundesländern bringt er selbst den vielen Arbeitslosen ökonomische Sicherheit auf einem Niveau, das im Sozialismus unbekannt war. Es darf nicht vergessen werden, dass der Ideologie nach der Kommunismus eine Gesellschaftsordnung darstellt, in der die wichtigsten Bedürfnisse auch dann befriedigt werden sollen, wenn die Menschen nicht arbeiten. Im Land zwischen Elbe und Oder brach mit dem Ende der SED-Herrschaft die Ära einer vergleichbaren Ordnung an.

In der DDR gab es kaum antikommunistische Gegeneliten, die nach der Wiedervereinigung den zu entlassenden kommunistischen Kader zumindest partiell hätten ersetzen können. Der unter diesen Bedingungen unausweichliche Eliten-transfer aus dem Westen trug dazu bei, dass sich die Menschen in Ostdeutschland nach wie vor als fremdbestimmt fühlen.

Die westliche Zivilgesellschaft ist ohne eine gesunde ökonomische Grundlage nicht denkbar. Im Westen ist der Untertan von einst durch seine ökonomische Unabhängigkeit zum Bürger geworden. Die fortschreitende Anpassung der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Niveau verhindert den ökonomischen Aufholprozess eines unterentwickelten und ökonomisch ruinierten Landes. Die Konzentration auf die Anpassung der Löhne ist zugleich der Ausdruck des Verzichts auf den selbstbestimmten Wiederaufbau des eigenen Landes.

Selbst mit der guten ökonomischen Entwicklung setzt sich die massive Auswanderung aus Ostdeutschland fort. Die Deutschen aus dem Osten bleiben – wie zur DDR-Zeit – die europäische Auswanderungsgesellschaft schlechthin. Es gehen selbstverständlich in erster Linie diejenigen in den Westen, deren Mentalität am wenigsten jener des Sowjetmenschen entspricht.

Die erfolgreichen Reformgesellschaften Mitteleuropas hatten dagegen nur eine einzige Chance, sich der staatsanhänglichen und zur Eigeninitiative unfähigen Sowjetmenschen zu entledigen: Sie warfen sie ins eisige Wasser der Marktwirtschaft. Millionen Menschen, die diese ökonomische Schocktherapie erfolgreich überstanden haben, übernehmen Schritt für Schritt Verantwortung für immer neue Bereiche ihrer Gesellschaft. Die früher vom barbarischen Allzuständigkeitsstaat entmündigte Bevölkerung entwickelt sich zur westlichen Zivilgesellschaft. Die Wirtschaft modernisiert sich und wächst.

Selbst Millionen unzufriedener Verlierer des Systemwandels handeln und denken nicht mehr als Sowjetmenschen. Denn sie wissen, dass der Staat ihnen nur das zum Überleben absolut Notwendige garantieren kann.

Die Subventionen, die seit der Wiederherstellung der deutschen Einheit in den Osten Deutschlands in schier unvorstellbaren Größen geflossen sind, haben also nicht die Wirkung gezeigt, die man von ihnen erwartet hat. Heute zu klagen, man hätte vor gut einem Jahrzehnt den Weg der anderen mitteleuropäischen Länder einschlagen sollen, wäre selbstverständlich falsch und anmaßend. Deutschland stand einfach vor einer Aufgabe, die zufriedenstellend nicht gelöst werden konnte. Die meisten Bürger in Mitteleuropa hätten übrigens die ostdeutsche Entwicklung gern gehabt. Sie sind auch nicht klüger als die Deutschen.

Dies alles bedeutet aber nicht, dass man sich mit der Situation heute abfinden muss. Ganz im Gegenteil. Es muss alles Mögliche getan werden, damit vom falschen Entwicklungsweg abgegangen wird. Den Menschen im Osten muss die Chance gegeben werden, aus eigener Kraft zum Wiederaufbau ihres Landes beizutragen. Dazu ist die drastische Reduzierung von Subventionen notwendig. Damit beginnen müsste man allerdings im Westen.

Der Politologe Jerzy Maćków ist Dozent an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und beschäftigt sich mit der postkommunistischen Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa.